

Landkreis Friesland

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus,
Kreientwicklung und Finanzen am 29.01.07,
im Sitzungssaal des Kreisverwaltungsgebäudes des Landkreises Friesland,
Lindenallee 1 in Jever

Beginn: 16:00:00 Uhr

Ende: 18:35:00 Uhr

Teilnahme:

Vorsitzende

Haltern, Sabine

Mitglieder

Chmielewski, Iko

Etzold, Jost

Gramberger, Joachim

Janßen, Dieter

Kaempfe, Hartmut

Koch, Klaus-Peter (verließ die Sitzung um 17:30 Uhr)

Lies, Olaf

Müller, Alfred (verließ die Sitzung um 18.20 Uhr)

Onken, Elisabeth

Pauluschke, Bernd

beratende Mitglieder (GM)

Just, Janto

Angehörige der Verwaltung

Ahrends, Sabine

Ambrosy, Sven

Höfer, Torsten

Janßen, Reent

Wehmann, Peter

andere Gäste

Zielke, Gustav

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit sowie Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende, Frau Kreistagsabgeordnete **Haltern**, eröffnete die 2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen und stellte die ordnungsgemäße Einladung fest.

Die Verwaltung bat um Erweiterung der Tagesordnung um den neuen Tagesordnungspunkt 11 "AIRBUS - Solidaritätskundgebung am 02.02.2007".

Abstimmungsergebnis:

Die Tagesordnung für die 2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen wurde mit den Änderungen einstimmig genehmigt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 18. Dezember 2006

Frau Kreistagsabgeordnete **Onken** wies darauf hin, dass zwar vereinbart wurde Beschlussprotokolle zu führen, jedoch in der Niederschrift der 1. Sitzung vom 18.12.2006 bei Tagesordnungspunkt B 4 "Kooperationsvertrag mit der WORKCARE GmbH über die GIAG - Gewerbe- und Industrie-Ansiedlungs-Gesellschaft mbH" hätte eine Erläuterung der Argumente der Gegenstimmen erfolgen müssen. Im Ergebnis wurde vereinbart das Protokoll wie folgt zu ergänzen:

"Von einigen Mitgliedern des Ausschusses wird die Auffassung vertreten, dass es alleinige Aufgabe der Wohnungswirtschaft ist das Problem der Unterbringung von Arbeitnehmern für die Realisierung der Großprojekte zu regeln. Ein Eingreifen der öffentlichen Hand wird nicht für zielführend angesehen."

Kreistagsabgeordneter **Etzold** machte darüber hinaus deutlich, dass auch die Enthaltungen immer mit protokolliert werden sollten.

Die Vertreter der Verwaltung sicherten zu, diese Verfahrensweise für die Zukunft vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Nach kurzer Absprache zur zukünftigen Verfahrensweise genehmigte der Ausschuss die Niederschrift vom 18. Dezember 2006.

TOP 3 Umschuldung und Neuaufnahme von Darlehen 2006 Vorlage: 026/2007

Begründung:

Die Haushaltssatzung 2006 sieht zur Deckung der Ausgaben des Vermögenshaushalts Darlehensaufnahmen von insgesamt 4.367.400 Euro vor, davon 1.347.000 Euro von der Kreisschulbaukasse und 3.020.400 Euro vom Kreditmarkt. Dazu kommen 636.000 Euro Haushaltseinnahmereste aus im Vorjahr 2005 nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen.

Aus der Kreisschulbaukasse sind 1.347.000 Euro an Abschlagsbeträgen für die zur Zeit laufenden Schulbaumaßnahmen aufgrund der Darlehensaufnahmebeschlüsse des Kreistages vom 22. Dezember 2005 aufgenommen worden. Die Darlehen werden nach Endabrechnung der Maßnahmen vom Kreistag endgültig festgesetzt.

Darlehensaufnahmen am Kreditmarkt:

- a) 08.06.06
1.800.000 Euro Ratenkredit
Laufzeit: 20 Jahre
Zinsbindung: 5 Jahre
Zins: 3,1 %

- b) 16.11.06
1.500.000 Euro Annuitätenkredit
Tilgung: 1%
Zinsbindung: 10 Jahre
Zins: 3,906%

Umschuldungen:

- a) 28.02.06
Ursprungskapital: 1.172.732,82 Euro
Restkapital: 326.132,98 Euro
bisheriger Zinssatz: 6,32 %
bisheriger Tilgungssatz 1,0 %

Wegen des vergleichsweise geringfügigen Betrages und der Kürze der Tilgungszeit (3 Jahre) ist das Darlehen beim alten Kreditgeber zurückgezahlt und dafür ein Inneres Darlehen bei der Sonderrücklage Nachsorge aufgenommen worden. Das Darlehen wird zu 3,2 % verzinst, mit jetzt 4 % getilgt und ist damit bis Ende 2009 zurückgezahlt.

- b) 31.08.06
Ursprungskapital: 2.556.459,41 Euro
Restkapital: 1.549.256,22 Euro
bisheriger Zinssatz: 6,328 %
bisheriger Tilgungssatz: 1,0 %
umgeschuldet:
Neuer Zinssatz: 3,91 %
Neuer Tilgungssatz: 3,0 %
Neue Laufzeit: bis zur Tilgung am 30.06.17

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen nahm die Darlehensgeschäfte des Haushaltsjahres 2006 zur Kenntnis.

Der Kreistag wird ebenfalls um Kenntnisnahme gebeten.

**TOP 4 Kreisschulbaukasse: Endgültige Festsetzung eines Darlehens an den Landkreis Friesland für den Um- und Ausbau der HS/RS Zetel
Vorlage: 032/2007**

Begründung:

Dem Landkreis Friesland ist für den Um- und Ausbau der HS/RS Zetel ein vorläufiges Darlehen aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 113.500,00 € gewährt worden.

Die Baumaßnahme ist mittlerweile abgeschlossen. Nach dem Verwendungsnachweis sind Investitionsausgaben in Höhe von gerundet 228.000,00 € entstanden. Dieser Betrag ist nach § 117 Niedersächsisches Schulgesetz zuwendungsfähig. Der Förderungsanteil beträgt 50% der förderungsfähigen Gesamtinvestitionsausgaben. Das Darlehen ist aufgerundet auf 114.000,00 € festzusetzen.

Die Verwaltung schlägt vor, dass der Kreistag das zu gewährende Darlehen auf 114.000,00 € festsetzt. Es ist zinslos mit 3% jährlich zu tilgen. Tilgungsbeginn ist rückwirkend der 01.01.2007.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen beschloss einstimmig, das dem Landkreis Friesland zu gewährende Darlehen für den Um- und Ausbau der HS/RS Zetel aus der Kreisschulbaukasse auf 114.000,00 € festzusetzen.

Der Kreistag wird um gleichlautenden Beschluss gebeten.

**TOP 5 Kreisschulbaukasse: Endgültige Festsetzung eines Darlehens an die Stadt Varel für den Neubau der Georg-Ruseler-Schule Obenstrohe (2. Bauabschnitt)
Vorlage: 002/2007**

Begründung:

Der Stadt Varel ist auf ihren Antrag für den Neubau der Georg-Ruseler-Schule Obenstrohe (2. Bauabschnitt) ein vorläufiges Darlehen aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 865.770,54 € gewährt worden. Die Baumaßnahme ist mittlerweile abgeschlossen. Nach dem Verwendungsnachweis sind Investitionsausgaben in Höhe von insgesamt 2.036.919,11 € entstanden. Dieser Betrag ist nach § 117 Niedersächsisches Schulgesetz zuwendungsfähig. Der zuwendungsfähige Betrag ist zu einem Drittel als Darlehen zu gewähren. Das sind gerundet 679.000,00 €.

Die Verwaltung schlägt vor, dass der Kreistag das vorläufig gewährte Darlehen auf endgültig 679.000,00 € festsetzt. Es ist zinslos mit 3% jährlich zu tilgen. Tilgungsbeginn ist rückwirkend der 01.01.2007.

Abstimmungsergebnis:

Der Fachausschuss beschloss einstimmig, das Darlehen aus der Kreisschulbaukasse an die Stadt Varel für den Neubau der Georg-Ruseler-Straße Obenstrohe (2. Bauabschnitt) auf endgültig 679.000,00 € festzusetzen.

Der Kreistag wird um gleichlautenden Beschluss gebeten.

**TOP 6 Kreisschulbaukasse: Endgültige Festsetzung eines Darlehens an die Stadt Schortens für Umbaumaßnahmen bei den Grundschulen Glarum und Schortens
Vorlage: 031/2007**

Begründung:

Für die bauliche Integration der Toilettenanlagen bei den Grundschulen Glarum und Schortens wurde der Stadt Schortens ein vorläufiges Darlehen aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 30.000,00 € gewährt. Für die mittlerweile abgeschlossenen Baumaßnahmen sind gemäß dem Verwendungsnachweis Investitionsausgaben in Höhe von insgesamt 83.971,02 € entstanden. Dieser Betrag ist nach § 117 Niedersächsisches Schulgesetz zuwendungsfähig. Der Förderungsanteil beträgt 50% der förderungsfähigen Gesamtinvestitionsausgaben. Das sind gerundet 42.000,00 €.

Die Verwaltung schlägt vor, dass der Kreistag das bislang vorläufig gewährte Darlehen aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 30.000,00 € auf endgültig 42.000,00 € festsetzt. Es ist zinslos mit 3% jährlich zu tilgen. Tilgungsbeginn ist rückwirkend der 01.01.2007.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen beschloss einstimmig, das Darlehen aus der Kreisschulbaukasse an die Stadt Schortens für die bauliche Integration der außenliegenden Toilettenanlagen bei den Grundschulen Glarum und Schortens auf endgültig 42.000,00 € festzusetzen.

Der Kreistag wird um gleichlautenden Beschluss gebeten.

TOP 7 Überplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 027/2007

Begründung:

Nach § 89 NGO i.V. m. § 65 NLO dürfen über- oder außerplanmäßige Ausgaben nur geleistet werden, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar sind. Ihre Deckung muss gewährleistet sein. Sie sind vom Kreistag zu beschließen. Unterhalb einer Unerheblichkeitsgrenze von 15.000 Euro entscheidet der Landrat im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung. Der Kreistag ist dann nachträglich in Kenntnis zu setzen.

In der Haushaltsführung des Haushaltsjahres 2006 sind folgende überplanmäßigen Ausgaben entstanden (außerplanmäßige Ausgaben sind nicht entstanden):

2141.54001	Bewirtschaftungskosten: Gas	3.135,56
2143.54001	Bewirtschaftungskosten: Gas	1.525,19
2172.54006	Bewirtschaftungskosten: Reinigung	2.754,88
2251.54001	Bewirtschaftungskosten: Gas	1.756,00
2252.54001	Bewirtschaftungskosten: Gas	1.691,84
2254.54001	Bewirtschaftungskosten: Gas	7.300,00
2254.54006	Bewirtschaftungskosten: Reinigung	303,82
2256.54001	Bewirtschaftungskosten: Gas	1.344,25
2301.54001	Bewirtschaftungskosten: Gas	12.156,47
2301.54003	Bewirtschaftungskosten: Wasser	1.312,52
2301.54005	Bewirtschaftungskosten: Abwasser	2.102,25
2301.54006	Bewirtschaftungskosten: Reinigung	8.466,36
2301.54007	Bewirtschaftungskosten: Sonstige	1.380,71
2301.54001	Bewirtschaftungskosten: Gas	1.069,95
2501.54001	Bewirtschaftungskosten: Gas	10.072,79
2502.54001	Bewirtschaftungskosten: Gas	11.640,84
2502.54006	Bewirtschaftungskosten: Reinigung	1.750,00
4050.67400	Verwaltungskostenerstattung an AA	296.941,82
4830.78209	Leistungen Grundsicherung	263.169,30
	Summe:	629.874,55

In den einzelnen Bewirtschaftungsbudgets der Schulen sind, wegen des strengen Winters in den ersten Monaten 2006 und wegen der Gaspreiserhöhung, Mehrausgaben in Höhe von insgesamt 69.763,43 Euro entstanden. Die Einzelbeträge liegen jeweils unterhalb der Unerheblichkeitsgrenze und sind vom Landrat als Geschäft der laufenden Verwaltung genehmigt worden.

Daneben gibt es zwei größere überplanmäßige Beträge bei zwei einzelnen Konten:

a) Verwaltungskostenerstattungen an Arbeitsagentur:

Da bei Aufstellung des Haushaltsplans 2006 noch Verhandlungen mit der Arbeitsagentur über die Höhe des vom Landkreis zu zahlenden Anteils für die Aufgabe „Berechnung und Zahlbarmachung von Kosten der Unterkunft“ geführt wurden, stand das Verhandlungsergebnis (12,3 % des Verwaltungsbudgets der Arbeitsagentur) nicht fest und es wurde nur ein geringfügiger Betrag (60.000 Euro) angesetzt. Tatsächlich liegt der Anteil des Landkreises bei knapp 600.000 Euro. Das ist ein unter Berücksichtigung der

erhöhten Personalkostenerstattungen der Arbeitsagentur angemessener Wert. Dass das Budget insgesamt nicht ausreichend war, wurde erst bei der Einbuchung der Personalausgaben Ende Dezember erkannt, weshalb der Kreistag nicht mehr beteiligt werden konnte.

b) Grundsicherungsleistungen

Für die sozialen Leistungen gibt es zwei Budgets: das Budget des „örtlichen Trägers“ und das Budget des „überörtlichen Trägers“ der Sozialhilfe. Bis Mitte der Neunzigerjahre war die Trennung der Einnahme- und Ausgabearten klar. Durch zahlreiche Änderungen im Sozialhilferecht (Quotales System, Grundsicherung, Einführung von SGB II und SGB XII) wird die Zuordnung zu den Budgets zunehmend unübersichtlich.

In diesem Fall führten Ausgabensteigerungen im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und der damit verbundenen "Nebenleistungen" (vor allem Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt) und wegen des "Quotalen Systems" notwendig gewordene Umbuchungen Ende des Jahres vom örtlichen zum überörtlichen Träger zu Verschiebungen innerhalb der Deckungskreise. Erst durch diese Umbuchungen wurde das überörtliche Budget überplanmäßig. Es handelt sich insgesamt betrachtet daher nicht um Mehrausgaben, sondern der Verschlechterung im einen steht eine entsprechende Verbesserung im anderen Budget gegenüber.

Mit den letztgenannten überplanmäßigen Ausgaben ist der Kreistag noch nicht befasst worden. Die Verwaltung bittet um nachträgliche Genehmigung dieser Ausgaben, im übrigen um Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis:

Der Fachausschuss nahm die im Haushaltsjahr 2006 entstandenen überplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis.

Der Kreistag wird um Kenntnisnahme und nachträgliche Genehmigung gebeten.

TOP 8 Haushaltsplanung 2007

TOP 8.1 Beschluss über die Fortgeltung des bisherigen kommunalen Haushaltsrechts Vorlage: 025/2007

Begründung:

Das neue kommunale Haushaltsrecht ist zum 01.01.2006 in Kraft getreten. Damit ist es geltendes Recht. Es enthält eine Übergangsfrist für die Umstellung bis zum 31.12.2011, so dass auf Beschluss des Kreistages das alte Haushaltsrecht für weiter anwendbar erklärt werden kann.

Wie bereits mit der Vorlage für den Beschluss zum Haushalt 2006 des Landkreises Friesland mitgeteilt, plant die Kreisverwaltung, die Haushaltswirtschaft des Landkreises Friesland zum 01.01.2008 umzustellen. Der damalige Beschluss bezog sich nur auf das Haushaltsjahr 2006, so dass für das Haushaltsjahr 2007 ein gesonderter Beschluss zu

fassen ist. Da die Umstellungsprozeduren arbeitsaufwendig und langwierig sind und, da sie neben den üblichen Aufgaben miterledigt werden müssen, Verzögerungen nicht ausgeschlossen werden können, schlägt die Verwaltung darüber hinaus vor, den Beschluss ohne Bezug auf ein Haushaltsjahr „bis auf Weiteres“ gelten zu lassen.

Bei den weiter geltenden Vorschriften handelt es sich um Vorschriften aus dem Sechsten Teil der NGO, der auch für die Haushaltswirtschaft der Landkreise anzuwenden ist, sowie um die hierzu ergangenen Verordnungen (Gemeindehaushalts- und Gemeindegeldverordnung) und Ausführungsbestimmungen.

Abstimmungsergebnis:

Nach kurzer Diskussion beschloss der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen bei 1 Enthaltung mehrheitlich, dem Kreistag zu empfehlen einen Beschluss nach Artikel 5 des "Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindegeldrechtlicher Vorschriften" entsprechend herbeizuführen, dass für die Haushaltswirtschaft des Landkreises Friesland bis auf Weiteres das bisherige Gemeindehaushaltsrecht in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung anwendbar bleiben soll.

Der Kreistag wird gebeten der Beschlussempfehlung des Fachausschusses zu folgen und entsprechend zu beschließen.

TOP 8.2 Haushaltssatzung, Haushaltsplan 2007 des Landkreises Friesland Vorlage: 028/2007

Zunächst wurde eine neue Fassung des Haushaltsplanes 2007, mit Stand: 26.01.2007, an die Ausschussmitglieder verteilt (**Anlage 1**). Landrat Ambrosy erklärte hierzu, dass auf Seite 2 die Verpflichtungsermächtigung "Erwerb Verwaltungsgebäude Varel-Langendam" in "Neukonzeption Verwaltungsgebäude Varel" umbenannt werden sollte, da die Verwaltung den Prüfauftrag der Parteien erhalten hat, ergebnisoffen zu prüfen.

Landrat **Ambrosy** erläuterte, dass ein Ausgleich des Haushaltes in 2007 leider nicht gelungen sei. Der Haushalt weise einen Fehlbedarf von 22,2 Mio. € aus; abzüglich der Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren bedeute das einen strukturellen (auf das Jahr 2007 bezogenen) Fehlbedarf von 1,9 Mio. €. Die Abgabe eines Punktes Kreisumlage könne er daher nicht empfehlen.

Die **SPD-Fraktion** machte deutlich, dass die 20 Mio. € Liquiditätskredite dramatisch seien und es gelte, sie mittelfristig abzubauen. Die 54 Punkte Kreisumlage sollten daher beibehalten werden.

Die **CDU-** und die **BfB-Fraktion** forderten die Umsetzung weiterer Sparvorschläge. Sie machten deutlich, dass sie den Haushaltsentwurf 2007 so nicht mittragen könne. Es werde eine Senkung der Kreisumlage von 1 Punkt gefordert.

Abstimmungsergebnis:

Nach der ausführlichen Diskussion lies Ausschussvorsitzende **Halter** über den Tagesordnungspunkt abstimmen. Der Fachausschuss beschloss mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen der Haushaltssatzung des Landkreises Friesland für

das Haushaltsjahr 2007 mit den geänderten Zahlen der Beilage mit dem Stand 26.01.2007 zuzustimmen. Die aktuelle Fassung der Haushaltssatzung ergibt sich aus **Anlage 2**.

Der Kreistag wird um gleiche Beschlussfassung gebeten.

TOP 9 Finanzplan und Investitionsprogramm 2006 - 2010
Vorlage: 029/2007

Herr **Höfer** erläuterte kurz den Finanzplan und das Investitionsprogramm 2006 - 2010. Er teilte mit, dass in 2008 geringere Investitionen und auch dadurch geringere Kreditaufnahmen benötigt werden, so dass der Landkreis Friesland voraussichtlich in 2008 eine Nettotilgung ermöglichen kann.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen nahm den Finanzplan 2006 - 2010 zur Kenntnis und beschloss mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung, dem Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2006 - 2010 zuzustimmen.

Der Kreistag wird um gleichlautenden Beschluss gebeten.

TOP 10 Haushaltssicherungskonzept: Fortschreibung
Vorlage: 043/2007

Im Vorgriff auf das Thema Haushaltssicherungskonzept machte die **CDU-Fraktion** deutlich, dass man die Mehreinnahmen im Haushalt einsparen sollte. Es könne nicht sein, dass Zuschüsse der Städte / Gemeinden komplett gestrichen werden (z.B. Verzicht auf Ehrungen/Altersjubiläen, Wappenteller, Zuschüsse Dorfgemeinschaften, Nachteule etc.). Weiterhin müsse sichergestellt sein, dass der Landkreis aber auch die Städte / Gemeinden ihre Aufgaben wahrnehmen können. Vorschläge an Einsparungen seien: Einsparungen bei den Einrichtungen an Schulen (Inventar etc.), Abfallbeseitigung (Zuführung Sonderrücklage in Höhe von 135.000 € muss nicht sein). Auch die Schülerbeförderung müsse überdacht werden, man könne zwar nicht die kompletten 3 Mio. € Belastung einsparen, aber eine Diskussion über Einsparmöglichkeiten bei der Schülerbeförderung werde als sinnvoll erachtet.

Im Verlauf der Diskussion wurden einzelne Punkte besprochen.

Kreistagsabgeordneter **Just** mahnte die Umsetzung der Punkte 1.9, "Verkauf der Landkreis-Anteile an der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland" und 2.4, "Kündigung der Mitgliedschaft im Zweckverband Vareler Hafen" an.

Abstimmungsergebnis:

Nach kurzer Diskussion beschloss der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus,

Kreisentwicklung und Finanzen mit 8 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen, die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Der Kreistag wird um gleichlautenden Beschluss gebeten.

TOP 11 AIRBUS - Solidaritätskundgebung am 02.02.2007

Landrat **Ambrosy** teilte mit, dass Airbus Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Sanierungsprogrammes Power 8 diskutiere. Viele Informationen konnten in den letzten Tagen/Wochen bereits aus der Presse entnommen werden.

Der Verdacht bestehe, dass das Liquiditätsproblem, das durch Verzögerungen des A 380-Fertigungsprogramms entstanden sei, missbraucht werden solle, um französischerseits größere Anteile nach Frankreich zu ziehen. Dies sei nicht einzusehen. Es sei ja kein Problem der Nachfrage vorhanden, sondern Airbus habe sogar das Problem, mit der Fertigung nicht nachkommen zu können, da die Nachfrage zu hoch sei.

Um das bevorstehende Szenario möglichst zu vermeiden, finde am 02.02.2007 um 11:00 Uhr im und am AIRBUS-Werk Varel eine Demonstration statt. Der Betriebsrat der Werke Varel und Nordenham habe zu dieser Solidaritätskundgebung aufgerufen, an der auch Ministerpräsident Wulff teilnehmen werde. Er werde noch einmal klar machen, dass das Land sich engagieren werde.

Am 26.01.2007 wurde bei der Hauptverwaltungsbeamtenbesprechung vereinbart, dass man als Bürgermeister und Landräte mit einem Aufruf die Teilnahme unterstütze. Es wird auf den Aufruf verwiesen (**Anlage 3; nachrichtlich: Die Resolution wurde einen Tag nach der Sitzung noch entsprechend erweitert durch die Unterstützung der Landkreise Ammerland und Wesermarsch**).

Landrat **Ambrosy** machte noch einmal deutlich, dass er sehr erfreut sei, dass alle Bürgermeister sowie auch die Landräte bzw. Oberbürgermeister der Nachbarkommunen gemeinsam diesen Aufruf unterzeichnen. Er bat möglichst um Teilnahme an der Solidaritätskundgebung am 02.02.2007 um auch mit der Menge zu beeindrucken, dass die Region hinter den AIRBUS-Werken stehe.

TOP 12 Berichte und Vorlagen

Kreistagsabgeordneter **Etzold** erkundigte sich ob es möglich sei, die Sitzungen des Fachausschusses erst um 17:00 Uhr zu beginnen. Landrat Ambrosy erläuterte, dass die Anfangszeiten der Ausschusssitzungen bereits im Kreisausschuss thematisiert wurden. Der Kreisausschuss habe damals entschieden, dass die Fraktionen darüber intern beraten mögen oder es solle eine einvernehmliche Einigung im Fachausschuss erfolgen. Die meisten Kreistagsabgeordneten des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen sprachen sich jedoch gegen eine spätere Anfangszeit der Sitzungen aus.

Kreistagsabgeordneter **Pauluschke** fragte an, ob im Bezug auf die Auflösung der Friesland-Touristik GmbH zum 31. Dezember 2006 noch zukünftige Sitzungen (offizielle Auflösung o.ä.) stattfinden werden. Es wurde mitgeteilt, dass sich die Friesland-Touristik GmbH in Liquidation befinde. Normalerweise würden keine Sitzungen mehr stattfinden. Auf Grund der Steuerproblematik könne es jedoch sein, dass noch einmal eine Sitzung notwendig werden könnte.

Herr **Höfer** teilte mit, dass auf Grund der vielen aktuellen Themen im Bereich der Wirtschaft noch eine weitere Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen stattfinden müsse. Diese sei für Ende Februar / Anfang März geplant. Der genaue Termin werde noch mitgeteilt.

TOP 13 Einwohnerfragestunde

- entfällt -

gez.
Sabine Haltern
Ausschussvorsitzende/r

gez.
Sabine Ahrends
Protokollführer/in